

Eine gute Idee gelangt in einen sicheren Hafen

Wissenschaftspolitisches Lehrstück: Vier geisteswissenschaftliche Zentren werden unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft fortgeführt / Von Joachim Nettelbeck

Mehr als ein Vierteljahrhundert hat es gedauert, bis die einzige organisatorische Neuerung in der Wissenschaft, die auf die Wiedervereinigung zurückgeht, eine stabile Grundlage gefunden hat. Vier der sieben geisteswissenschaftlichen Zentren sind nun in der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) angekommen und damit Teil der von Bund und Ländern institutionell geförderten Forschung der Bundesrepublik.

Eine lange Phase der Unsicherheit geht damit zu Ende. Nach dem Einigungsvertrag von 1990 waren die Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR aufgelöst worden. Ein neuer Rahmen musste schnell gefunden werden, damit wenigstens ein Teil der Wissenschaftler übernommen werden konnte. Für die Verwaltungen lag es nahe, auf vertraute Strukturen zurückzugreifen und die westdeutschen Forschungsorganisationen zu erweitern. Der Wissenschaftsrat wurde in die neuen Bundesländer geschickt, um die Potentiale zu beurteilen. Nach einiger Zeit stellte man verwundert fest, dass für die Naturwissenschaftler gesorgt, für die Geisteswissenschaften hingegen nichts vorgesehen war.

Die in den Naturwissenschaften übliche arbeitsteilige Organisation in großen Instituten oder Sonderforschungsbereichen kommt der Eigenart der Geisteswissenschaften jedoch nicht entgegen. Der Wissenschaftsrat schlug daher vor, mit den geisteswissenschaftlichen Zentren

eine neue außeruniversitäre Form zu schaffen. Die administrative Betreuung legte man zunächst in die Hände der Max-Planck-Gesellschaft. Das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte entwickelte sich in dieser Zeit zu einer prächtigen Institution. Die übrigen Zentren hingen dagegen nach dem finanziellen Rückzug des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBWF) im Jahr 1996 in der Luft.

Ihre Rettung verdanken sie dem damaligen DFG-Präsidenten Wolfgang Frühwald, der sich massiv für ihre weitere Förderung einsetzte. Bedingung war, dass das Sitzland weiterhin seinen Anteil zur Finanzierung leistete. Die DFG konnte nur Projekte fördern, die sich in den Begutachtungen bewährten. Wohl oder übel mussten sich die Zentren projektförmig organisieren und immer neue Anträge schreiben.

Als diese Förderung nach zwölf Jahren zu Ende ging, hatte die damalige Bildungsministerin Annette Schavan gerade die Bundesmittel für die Geisteswissenschaften vervielfacht. Vier Zentren bekamen so erneut eine Perspektive von zwölf Jahren zugesichert. Das Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung schaffte schon 2009 den Sprung in die Leibniz-Gemeinschaft. Doch auch das Bundesministerium förderte in der unsicheren Projektform. Das Damoklesschwert einer möglichen Abwicklung nach dem Ende der Förderperiode hing

weiter über den Zentren. Diese lange Geschichte hat nun einen vorläufigen Abschluss gefunden. Nur die Entscheidung zum Zentrum für Literatur- und Kulturforschung in Berlin steht noch aus.

Worin besteht die wissenschaftliche Bedeutung der Zentren? Das Zentrum Moderner Orient in Berlin widmet sich der „multidisziplinären Forschung zur Geschichte und Gesellschaft muslimisch geprägter Regionen Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Süd- und Südostasiens“. Es hat exemplarisch vorgeführt, wie Regionalwissenschaften an Bedeutung gewinnen, wenn sie sich verschiedenen Kulturen im Vergleich und in ihrer Beziehung untereinander zuwenden.

Das Zentrum für allgemeine Sprachwissenschaften (ZAS) ist aus dem Zentralinstitut für Sprachwissenschaft her-

vorgegangen, das unter der Leitung von Manfred Bierwisch schon zu DDR-Zeiten international hoch angesehen war. Es widmet sich heute vor allem nichteuropäischen kleinen Sprachen und erforscht die menschliche „Sprachfähigkeit im Allgemeinen, ihre Ausprägung in Einzelsprachen und ihrer biologischen, kognitiven und sozialen Faktoren“. Das ZAS trägt damit zum Verständnis der grundlegenden Strukturen, des Erwerbs und der Verarbeitung von Sprache und deren Störungen sowie zur Entwicklung von sprachtechnologischen Anwendungen bei.

Das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig gilt international als kompetenter Ansprechpartner für die Geschichte dieser Region.

Warum ist diese Geschichte über die er-

freuliche Nachricht hinaus, dass diese Zentren nun gesichert sind, von wissenschaftspolitischem Interesse? Einmal ist daran zu erkennen, wie schwer es institutionelle Neuerungen in einem etablierten Wissenschaftssystem haben. Ökonomen nennen dies Pfadabhängigkeit. Selbst ein epochaler Umbruch wie die Wiedervereinigung hat im Wesentlichen nur dazu geführt, die Wissenschaftler der ehemaligen DDR in die Strukturen der Bundesrepublik zu integrieren. Es war das Werk westlicher Verwalter. Für Fremde (und auch ehemalige Verwalter der DDR waren insoweit Fremde) waren die Prozeduren zwischen Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen schwer durchschaubar. Hätte es nicht einige glückliche Zufälle und verdienstvolle Funktionäre gegeben, wären die Zentren wieder verschwunden.

Zum anderen wird am ihrem Beispiel sichtbar, wie lang der Weg von einer guten Idee zu ihrer Institutionalisierung ist. Diese Langsamkeit hat sicher Vorteile, insofern sich die Idee vor ihrer institutionellen Verankerung mehrfach bewähren muss. Doch die komplexen Prozeduren haben auch ihre Schattenseiten. Anträge und ihre Bewertung sind aufwendig und halten Wissenschaftler von der Forschung ab. Gäbe es nicht so viele gegenseitige Abhängigkeiten, könnte ein Institut leichter wieder geschlossen werden, und die Entscheidungen fielen risikofreudiger aus.

Auch die aktuelle Entscheidung demonstriert die Komplexität des Systems. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), in der sich Bund und Länder abstimmen, bittet, wohl auf Anregung der Sitzländer und des Bundes, die Leibniz-Gemeinschaft um Stellungnahme zur Aufnahme der Zentren, dann den Wissenschaftsrat um deren Begutachtung. Dieser stützt sich seinerseits auf die Stellungnahme der Leibniz-Gemeinschaft. Die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat dient dann wieder der GWK als Grundlage für den Beschluss, die Zentren in die gemeinsame Förderung aufzunehmen. Dazu muss man sich all die Personen vorstellen, die in all diesen Ministerien und Gremien mitgewirkt haben. Glücklicherweise hat niemand ein Veto eingelegt.

Es bleibt die Frage, warum es in all den Jahren nicht gelang, diesen Zentren eine vergleichbare Stellung innerhalb der Universität zu verschaffen. Die Sprachwissenschaften hätten beispielsweise sehr gut zum Profil der Humboldt Universität gepasst. Das Zentrum Moderner Orient hätte die Regionalwissenschaften an der FU Berlin bereichern können. Doch der Bund ist reich, die Länder sind arm. Ein solches Zentrum braucht eine im Vergleich zu anderen Instituten der Universität besonders gute Ausstattung. Bei der gegebenen Verfassung der Universitäten ist eine solche Privilegierung offenbar nur möglich, wenn sie durch den Bund von außen kommt.

Mittelzuwachs

Wissenschaftsförderung ist gestiegen

Nach Angaben der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz stellten Bund und Länder im Jahr 2014 mehr als dreizehn Milliarden Euro für die Förderung von Wissenschaft und Forschung bereit. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um fast 700 Millionen Euro oder 5,6 Prozent. Die Mittel kamen zu 66 Prozent vom

Bund und zu 34 Prozent von den Ländern. Die am Pakt für Forschung und Innovation beteiligten außeruniversitären Wissenschaftsorganisationen wie die Helmholtz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft profitierten am stärksten von der Förderung. Sie erhielten zusammen rund 63 Prozent der gesamten Förderung. Größter Einzelposten war der Hochschulpakt 2020, auf den 3,3 Milliarden Euro und damit fast 26 Prozent der Gelder entfielen. F.A.Z.